

## Rede zur Sondersitzung des Rates am 27.05.2019 - PWC-Rastanlage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank, dass ich für die Bürgerinitiative Lev- kontra-Raststätte Stellung nehmen darf zum Thema der heutigen Sondersitzung.

Erlauben Sie mir zu Beginn meiner Ausführungen einen kleinen Rückblick.

2012 haben wir zusammen eine große Tank- und Rastanlage in Leverkusen verhindern können.

Die Bewertungskriterien in der Gewichtung der Standorte wurden damals so manipuliert, dass nichts anderes als Leverkusen rauskommen konnte. Das haben übereinstimmend und unabhängig voneinander Verwaltung und externe Fachleute nachweisen können. Unser Protest allerdings war dann so effektiv,

dass Straßen.NRW **auf Anweisung des BMVI** die Planungen bald einstellen musste.

Das zu erwähnen halte ich für notwendig und wichtig, um die heutige Situation zu verstehen.

Man suchte nun für einen LKW-Rastplatz einen kleineren Standort, mit deshalb mehr Auswahlmöglichkeiten. Vorgestellt wurden 2017 aber die fast identischen Standorte, wie bei der Tank- und Rastanlage. Unter diesen sollte der Favorit ausgeguckt werden. In dem Moment war eigentlich klar, wohin die Reise ging: wieder nach Leverkusen.

Und die heute schon überproportionale Belastung unserer Stadt spielte in der Bewertung auch keine Rolle. Das hat man uns so bestätigt.

Wir haben da aber eine andere Vermutung:

Natürlich spielte das eine Rolle, eine **grundsätzliche** sogar. Getreu dem Motto: In besonders belasteten Gebieten fällt es weniger auf, wenn dort noch etwas mehr abgeladen wird. Leverkusen scheint da für die Planer ein besonders beliebter Ort zu sein.

Der Vorschlag von Herrn Scholz, doch das große, brachliegende Gewerbegebiet in Köln-Niehl zu nutzen, auf dem mehrere Hundert LKW viel zeitnaher einen Parkplatz finden können, wurde mit einem einfachen Nein der Stadt Köln abgetan.

Hier muss man sich fragen:

*„Wie verträgt sich ein Ausschluss von Gewerbegebieten als Standort für einen LKW-Rastplatz mit der stattdessen favorisierten Überplanung eines Landschaftsschutzgebietes?“*

**Es ist für uns nicht mehr zu ertragen, wie Bund, Land und Straßen.NRW und seit letzter Woche auch die IHK in einer als arrogant empfundenen Art und Weise über unsere Stadt nach Gutsherrenart verfügen.**

Ich will im Einzelnen nicht nochmal alle Verkehrsbelastungen aufführen, die heute schon erheblich höher sind als in anderen Kommunen. Plus das, was uns obendrauf in den nächsten 20 Jahren zugemutet wird.

Erinnern möchte ich aber auch hier, dass für den Autobahnausbau in unserer Stadt Anwohner quasi enteignet und ihre Häuser abgerissen werden.

Und alles wird als selbstverständlich abgetan.

Und jetzt sollen weitere 25.000 qm Landschaftsschutzgebiet in Leverkusen für einen Rastplatz vernichtet werden - mit der Option erweiterbar.

Hier und heute sagen wir: Es reicht! Und es hat nichts mit dem St. Florian-Prinzip zu tun, wenn wir sagen: Wir fordern endlich eine gerechtere Verteilung der Verkehrslasten.

Wir feiern in unserem Land in diesem Jahr 70 Jahre Grundgesetz. Darauf können wir alle sehr stolz sein. Im Grundgesetz sind Grundrechte verankert, die scheinen aber für Leverkusener Bürgerinnen und Bürger nicht uneingeschränkt zu gelten.

Die wiederholten Entscheidungen gegen unsere Stadt widersprechen m. E. unserem Recht auf Menschenwürde, Gleichbehandlung und Gesundheitsschutz. Wo ist die Gleichbehandlung, wenn alles auf Leverkusen abgeladen wird? Wo bleibt dabei der Gesundheitsschutz?

Wenn wir als Bürgerinitiative hier eine Bitte äußern dürfen, Herr Oberbürgermeister: Vielleicht kann das in Ihrem Hause rechtlich geprüft werden. Können rechtliche Schritte dagegen unternommen werden - und wenn ja welche?

Eine Klage, gestützt auf das Grundgesetz und die Grundrechte würde unserer unerträglichen Situation auch überregional Aufmerksamkeit verschaffen und die verantwortlichen Ministerien vielleicht wachrütteln. Das gilt für den Bau eines LKW-Rastplatzes und natürlich auch für den beeinflussbaren Autobahnausbau – wie der A3 und Tunnel statt Stelze.

Widerstand ist jetzt mehr denn je gefragt. Dazu gehören auch rechtliche Mittel im Rahmen der Planfeststellung, so wie es der Rat in seiner Resolution schon 2017 einstimmig beschlossen hat.

Herr Scholz kann ihnen die Aussage des MA beim BMVI bestätigen, Zitat: „Und wenn dann beim Rastplatz der Klageweg beschriftet wird und ggf. auch noch über Enteignungen gestritten wird, wissen wir alle, wie lange das dauern kann.“

Und ich füge hinzu: Ich kann mir nicht vorstellen, dass es wegen einer PWC-Anlage eine erstinstanzliche Entscheidung gibt.

**Und da ist es verdammt kontraproduktiv, wenn solche sinnvollen Maßnahmen schon im Vorfeld schlecht geredet werden, wie ich es vor 2 Wochen leider lesen musste.**

Wenn wir nichts unternehmen und für die Planer läuft alles normal und reibungslos, wäre der LKW-Rastplatz auch **nicht vor 2025 fertig**. Und dann schauen wir doch mal, wie die Mobilität 2030 aussieht – oder?

Was können wir jetzt und zeitnah tun?

- Die Prüfung auf Verletzung unserer Grundrechte habe ich angesprochen.
- Eine Bürgerversammlung ist für den 09.07.2019 terminiert, noch vor den Sommerferien. Natürlich werden wir die Fa. DEGES einladen. Die Bürger haben ein Recht darauf, im Detail informiert zu werden.
- Eine große Demo, ich hoffe im Rahmen einer städt. Aktion (z.B. autofreier Sonntag, Umweltaktion oder Klimatag) wird z. Zt. geprüft und ist für September geplant. Hier wollen wir allerdings Schnellschüsse vermeiden.
- Es wird sehr viel und für die Empfänger nervenden Schriftverkehr geben. Die Empfänger sind die Verkehrs- und Umweltministerien in Bund und Land.
- Und wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger ebenfalls auf, die Ministerien und DEGES anzuschreiben, den Planungen eine Absage zu erteilen und unsere Grundrechte einzufordern. Das geht per Brief und per Mail. Die Adressen werden wir bekanntgeben, Musterbriefe ebenfalls. **Wir müssen und wir werden nerven!** Da können doch einige Tausend Briefe sehr hilfreich sein.

Bund, Land und Straßen.NRW haben die Parkplatznot zwischen 2012 und 2017 mit Nichtstun künstlich verstärkt. Ich meine, da kann der Druck doch jetzt soweit steigen, dass die Alternative in Niehl selbst für die Verkehrsministerien einen Charme entwickelt.

Arbeiten wir dran!

Vielen Dank!